

Bürgerhaushalte neu denken!

Thomas Ködelpeter

Praxis und Zukunft der Bürgerhaushalte in deutschen Kommunen standen im Herbst 2014 auf den Agenden zweier bundesweit besuchter Veranstaltungen, dem [Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie](#) in Loccum und dem [10. Netzwerktreffen Bürgerhaushalte der Servicestelle für Kommunen in der Einen Welt](#) in Darmstadt.

Bilanzierte der im Juni 2014 veröffentlichte 7. Statusbericht des Portals [buergerhaushalt.org](#) zunächst noch, »Bürgerhaushalte (haben sich) als dauerhafte Instrumente der Bürgerbeteiligung in den Kommunen konsolidiert« (1), nimmt er im Nachsatz diese optimistische Zustandsbeschreibung wieder zurück und stellt fest: Bürgerhaushalte befinden sich in zunehmendem Maße auf dem Abstellgleis und in weniger Kommunen als in den Jahren zuvor wird über die Einführung eines Bürgerhaushalts diskutiert.

Dies wirft zwei zentrale Fragen auf: Treffen die Einschätzungen einiger Akteure zu, dass Bürgerhaushalte in Deutschland »tot« sind? Oder sind heute (an die Stelle der Diskussionen über die Optimierung bestehender Verfahren) andere Aspekte in den Vordergrund getreten – Fragen nach Partizipation, Gerechtigkeit, Bildungschancen und Lebensqualität?

Werfen wir im Folgenden deshalb einen genaueren Blick auf Situation und Trends der Bürgerhaushalte in Deutschland, auf Ziele und Erwartungen, auf Schwächen und Mängel der Verfahren und blicken auf Städte, die ihre Beteiligungsverfahren in Richtung eines Mehr an kommunaler Demokratie überarbeiten. Abschließend werden Empfehlungen zur Demokratisierung von Bürgerhaushalten formuliert, die bei einem Re-Start oder Neubeginn Berücksichtigung finden sollten.

Situation und Trends

Addiert man zu den Kommunen mit einem Beschluss zur Einführung von Bürgerhaushalten (12) die Kommunen, die Bürgerhaushalte gerade einführen (44) und solche, die das Verfahren fortführen (43), dann konnten laut dem 7. Statusbericht in Deutschland 99 Kommunen mit Bürgerhaushalten ermittelt werden. Hinzu kommen ggf. noch einige kleinere Städte und Gemeinden, denn der Statusbericht bezieht Kommunen mit über 40.000 sowie einige mit weniger als 40.000 Einwohner/innen ein. Ob sich die erfassten 99 Kommunen durch eine Anwendung oder Umsetzung der fünf im Folgenden genannten Kriterien für Bürgerhaushalte auszeichnen, lässt der Statusbericht offen. So ist auch nicht klar, ob in allen Fällen von einem Bürgerhaushalt gesprochen werden kann, oder ob die erfassten Kommunen nur einzelne Bestandteile realisieren.



Kriterien für Bürgerhaushalte laut Herzberg et al. (2):

- im Zentrum stehen die finanziellen Angelegenheiten.
- die Beteiligung findet auf der Ebene der gesamten Stadt bzw. auf einer Ebene mit politisch-administrativen Entscheidungsbefugnissen (Stadtbezirke in Berlin und Hamburg) statt.
- das Verfahren zeichnet sich durch Dauer und Wiederholung aus.
- das Verfahren ermöglicht einen öffentlichen Diskurs.
- Politik und Verwaltung legen Rechenschaft über die Ergebnisse des Verfahrens ab.

In 42 Kommunen ist der gesamte Haushalt Gegenstand des Beteiligungsverfahrens, neun Kommunen haben Bereiche ausgewählt. Feste Teilbudgets gibt es in vier Kommunen (u. a. Cottbus und Eberswalde). Sieben Kommunen zeichnen sich durch »Mischformen« aus, einer Mischung aus Gesamtbudget, Teilbudgets und ausgewählten Haushaltsbereichen.

Eine ausschließliche Beteiligung über Onlineverfahren wenden 23 Kommunen an, weitere 30 Kommunen setzen neben Internet unterstützend auf Vor-Ort-Beteiligungen. Komplexe, medien-übergreifende Verfahren verwenden sieben Kommunen. Lediglich zwei Kommunen verzichten auf Onlineverfahren bzw. setzen sie nachgeordnet ein (Eberswalde und Jena).

Ziele von Politik kollidieren mit Erwartungen der Bürgerschaft

Ein Manko vieler Bürgerhaushalte ist das Fehlen formulierter Ziele und von Indikatoren, anhand derer die Zielerreichung überprüft werden kann. Geißel (3) kam im Vergleich verschiedener Bürgerhaushalte zu vier häufig genannten Zielen, die Kommunalpolitiker/innen mit Bürgerhaushalten verbinden:

- Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz des Haushaltes.
- Akzeptanz politischer und administrativer Entscheidungen (z. B. bei Spar-Haushalten).
- Gewinnung von Entscheidungshilfen für den Stadt-/Gemeinderat.
- Verbesserung des Dialogs mit dem Bürger.

Diese Ziele der Politik stimmen so gar nicht mit den Erwartungen der Bürger/innen an Beteiligung überein. Bürger/innen aus 27 Städten und Gemeinden Deutschlands, darunter viele Städte mit Bürgerhaushalten (Freiburg, Münster, Potsdam, Berlin-Mitte, Bonn, Erfurt), wurden zu ihren Erwartungen an die Bürgerbeteiligung befragt (4).



Bürger/innen erwarten:

- dialogische, direktdemokratische Verfahren,
- repräsentatives Entscheiden reicht nicht aus,
- gut gemachte, responsive und entscheidungsrelevante Beteiligung.

Wirklich überraschend ist diese Kluft zwischen den Zielen der Kommunalpolitiker/innen und den Erwartungen der Bürgerschaft nicht. Wurden doch die meisten Bürgerhaushalte in Deutschland als Top-down-Verfahren eingeführt und folgten dem Modell der »Partizipativen Modernisierung« (5). Die Partizipative Modernisierung ist Teil des New Public Management und zielt mit der Beteiligung der Bürgerschaft in erster Linie auf eine Stärkung der politischen Legitimität. Bürger/innen werden als Kunden gesehen, deren Anregungen helfen, das Handeln der Politik und Verwaltung zu verbessern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhöhen.

Die Phasen des Bürgerhaushaltsverfahrens sehen Bürger/innen in unterschiedlichen Rollen:

- In der Informationsphase als zu Belehrende. Politik und Verwaltung sind die Informationsgeber.
- In der Konsultationsphase als Ideengeber. Die Politik entscheidet über die Vorschläge und ist Nutznießer/inder von ihr akzeptierten Vorschläge.
- In der Rechenschaftsphase als Empfänger von Feedback der Politik und Verwaltung über die Annahme/Nichtannahme von Vorschlägen und deren weitere Umsetzung.

Trends

- Beteiligungsmix/Multichannelverfahren

Mit einem Beteiligungsmix oder Multichannelverfahren, das meist aus Präsenzveranstaltungen, Internetbeteiligung und repräsentativen Bürgerbefragungen besteht, versuchen Kommunen einseitig dominierte Abstimmungen zu vermeiden und möglichst repräsentative Meinungsbilder zu gewinnen. Zunehmend laufen repräsentative Bürgerbefragungen den aufwändigen Präsenzveranstaltungen den Rang ab. Aus Sicht der Kommunen sind Befragungen das kostengünstigste Verfahren und erbringen je nach der Zahl ausgewählter Befragter die höchsten Beteiligungsraten. Face-to-face-Veranstaltungen gelten dagegen für Politik und Verwaltung wegen geringer Resonanz in der Bevölkerung, hoher Kosten und ihrer Offenheit für die Durchsetzung organisierter Interessensgruppen als ein ineffektiver Beteiligungsbaustein. In der Bewertungsphase, der Abstimmung über die eingereichten Vorschläge, bieten die Onlineverfahren ideale Möglichkeiten zur Durchsetzung gruppenbezogener Interessen.

- Vom Bürgerhaushalt zur Ideenplattform

Statt der von der Stadt Frankfurt erwarteten 14.000 Bürger/innen (2 Prozent) nahmen nur 2.821 (0,4 Prozent) am Bürgerhaushalt 2011/2012 teil und das bei Gesamtkosten in Höhe von Euro 790.000. Auch das für die Politik



hochrangige Ziel, Vorschläge zur Kosteneinsparung beim Haushalt zu erhalten, stuften 27 Prozent der am Bürgerhaushalt beteiligten Bürger/innen als nicht oder überhaupt nicht vorstellbar ein (6). Die Eingaben zum Frankfurter Bürgerhaushalt zeichneten sich überwiegend durch Vorschläge mit Ausgabenmehrungen aus und nicht durch Sparvorschläge. Frankfurts Kämmerer Uwe Becker (CDU) zog 2014 kurzerhand die »Reißleine«, schaffte den Bürgerhaushalt ohne jede öffentliche Diskussion ab und widmete die für den Bürgerhaushalt entwickelte Onlinebeteiligungsplattform um in »FFM FRAGT MICH – Das Beteiligungsportal der Stadt Frankfurt«. (7) Frankfurter/innen können fortan Ideen eingeben. Unterstützen innerhalb von acht Wochen mehr als 200 Einwohner/innen einen Vorschlag, wird dieser von der Verwaltung behandelt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt. Bis Ende September 2014 hat noch keiner der 189 geposteten Vorschläge das vom Kämmerer gesetzte Quorum erreicht. (8)

■ **Aufsuchende, aktivierende und direkt-demokratische Beteiligungsformate**

Bürgerhaushalte in Deutschland verstehen sich als ein für alle Bürger/innen zugängliches Beteiligungsverfahren. In der Praxis beteiligt sich jedoch – bis auf wenige Ausnahmen – eine kleine, sehr gut ausgebildete Schicht, in der Männer im Alter zwischen 25 bis 64 Jahren dominieren. Mit aufsuchenden, aktivierenden Formaten versuchen Städte wie Hilden, Münster und Stuttgart den sozialen Ausgrenzungen online-basierter Bürgerhaushaltsverfahren zu begegnen. So stellen in Münster Verwaltungsmitarbeiter/innen auf offenen Wochenmärkten den Bürgerhaushalt und die Möglichkeit der Einreichung von Vorschlägen mit einigem Erfolg vor. Hilden setzt stattdessen auf sogenannte »Haushaltstouren«, in denen Bürger/innen per Bus öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen sowie große »Baustellen« ihrer Stadt kennenlernen. Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung erläutern während der Tour Bürgerhaushalt und Beteiligungsmöglichkeiten. Das Stuttgarter Modell der Qualifizierung ehrenamtlicher Multiplikatoren in VHS-Kursen, damit sie später in Gesprächen mit schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen vor Ort deren Interesse wecken und sie zur Mitwirkung im Bürgerhaushaltsverfahren anregen können, soll 2015 auch in Münster übernommen werden.

In Eberswalde (41.000 Einwohner/innen) stimmen die Einwohner/innen in Einwohnerversammlungen in einem direkt-demokratischen Verfahren über alle eingereichten Projektvorschläge im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets von 100.000 Euro (2014) ab. An der diesjährigen Entscheidung nahmen rund 1.000 Personen teil.

Schwächen und Kritik

Die Beteiligungsrate an Bürgerhaushalten liegt im Durchschnitt bei ca. 1 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Schränken Kommunalpolitiker/innen den Gegenstand auf Vorschläge zur Kosteneinsparung ein, wie dies jüngst in Köln erfolgte, rutschen die Beteiligungsquoten auf unter 0,5 Prozent. Ausnahmen sind hier Städte wie Stuttgart, Hilden, Trier und der Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg mit Beteiligungsquoten von über 2 Prozent bis 8,4 Prozent (Berlin-Lichtenberg). Diese Städte setzen auf einen Mix an Beteiligungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen und tragen die Diskussion und Abstimmungen in die Stadtviertel. Mit dem Hinweis auf geringe Beteiligungsquoten zweifeln Kommunalpolitiker/innen zugleich auch an der Repräsentativität der Ergebnis-



se des Beteiligungsverfahrens. Eine unzulässige Vermischung, wie ich meine. Denn mit diesem Einwand wird ein Verfahren, das durch Ideensammlung, Dialog und Voting eine Vorschlagsliste entstehen lässt, die die Qualität vom Rat zu treffender politischer Entscheidungen verbessern soll, mit Wahlen verglichen. Die von politischer Seite als Korrektiv gegenüber Ergebnissen aus Offlineveranstaltungen und Internetabstimmungen praktizierten repräsentativen Bürgerbefragungen zum Bürgerhaushalt konterkarieren den Wunsch von 74 Prozent der Bevölkerung nach mehr direkt-demokratischer Mitwirkung und glaubwürdigen Beteiligungsformen.

Prüft man anhand der von Helmut Klages formulierten Qualitätskriterien (9) »Zugänglichkeit« und »Mitwirkungschancen« die Praxis der Bürgerhaushalte in Deutschland, zeigt sich bei Präsenzveranstaltungen und in der Nutzung von Internetplattformen eine hohe Selektivität. Bildungsbürger/innen und artikulationsstarke Gruppen sind in der Abgabe von Vorschlägen überdurchschnittlich stark vertreten. Sie dominieren die Diskussionen und setzen im Voting ihre Interessen durch. Sogenannte »bildungsferne Schichten« werden von den Verfahren nicht erreicht. Ihre Interessen an der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse werden nicht zum Thema öffentlicher Diskussionen. An der Bewertung der eingereichten Vorschläge nehmen sie nicht teil. Bürgerhaushalte – so wie sie derzeit mehrheitlich umgesetzt werden – grenzen leistungsschwache Gruppen, alte Menschen, Jugendliche und Migrant/innen aus. Sie leisten keinen Beitrag zum Abbau sozialer Ungerechtigkeiten und fördern nicht den Erwerb von Kompetenzen, die nötig wären, um an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken zu wollen und zu können.

Welch geringen Stellenwert das Qualitätskriterium »Interessensberücksichtigung« in der politischen Diskussion und Abwägung durch den Rat der Stadt Köln hat, zeigt die Ablehnung des Vorschlags Nr. 5 im Top-Ten-Ranking des Bürgerhaushalts 2013/2014: »Einsparung bei Gehältern der Manager bei stadteigenen Betrieben«. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, bei Spitzenpositionen konkurrenzfähige Entgelte zahlen zu müssen, lehnten Verwaltung und der Rat der Stadt den Vorschlag rundweg ab.

Online-basierte Bürgerhaushalte – eine Gefahr für die lokale Demokratie?!

Das zunehmende Interesse von Kommunalpolitiker/innen und Verwaltung am Einsatz online-basierter Verfahren gefährdet die lokale Demokratie. Masser, Pistaoia und Nitzsche (10) kommen in ihrer Analyse webgestützter Bürgerhaushalte zu dem Schluss, »dass sich kleine, aber gut organisierte und finanziell gut ausgestattete Gruppen, den Bürgerhaushalt für ihre Zwecke zu nutzen machen« können. Um die Manipulationsgefahr auszuschließen, wären harte Zugangskontrollen beim Einreichen und Abstimmen erforderlich, diese stünden im Widerspruch zur »freien Zugänglichkeit«, einem zentralen Qualitätsmerkmal online-basierter Verfahren.

Der scheinbare Gewinn einer (angenommenen) intensiven, hochwertigen Diskussion von Vorschlägen durch Internetforen und eine zahlenmäßig breitere Beteiligung zeigt sich bei genauerer Betrachtung nicht als qualifizierter Austausch von Meinungen, sondern als Präsentationen der eigenen Identität der Einreicher/innen von Vorschlägen, und gipfelt in der Mobilisierung von Gefolgschaften im Kampf um die besten Plätze im Ranking. Übersehen wird von der Politik, dass in der Reduktion auf online-basierte Bürgerhaushalte die Chancen delibe-



rativer, partizipativer Bürgerhaushalte vergeben werden, »das gesamte Gemeinwesen, dessen Ressourcen und Verteilungsmuster im Blick zu behalten« (11) und kooperativ zu gestalten.

Qualität und Übernahme von Vorschlägen

In extern durchgeführten Evaluationen beurteilen verfahrensbeteiligte Mitarbeiter/innen aus der Verwaltung Bürgervorschläge in ihrer Qualität überwiegend skeptisch. Aus Sicht der Verwaltung eröffnen Vorschläge der Bürger/innen »nur selten neue Problemlagen und Handlungsbedarf«. (12)

Vorschläge aus Bürgerhaushalten haben dann Chancen auf Umsetzung, wenn sie einen hohen Symbolcharakter bei geringen Kosten haben und/oder die Vorschläge zu den Präferenzen der jeweiligen Mehrheit im Kommunalparlament passen.

Bürgerhaushalte und Beteiligungskultur

In Bonn entwickelte ein dialogisch zusammengesetzter Arbeitskreis mit externer Unterstützung die »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn«. Der Bonner Bürgerhaushalt ist als Vorhaben, für das ein komplexes Beteiligungsverfahren vorgesehen ist, Teil der Leitlinien. Die Leitlinien sind im Rahmen des Ortsrechts formuliert und bekommen Satzungscharakter. In Potsdam nimmt die Verzahnung des Modellprojekts für strukturierte Bürgerbeteiligung mit dem Bürgerhaushalt auf organisatorischer Ebene Gestalt an. Im Konzept des Bürgerhaushalts 2015 schlagen sich die vereinbarten »Grundsätze der Bürgerbeteiligung« noch nicht nieder, doch organisatorisch sind Brücken gebaut. Mitmachen e. V., der zivilgesellschaftliche Partner des städtischen Büros für Bürgerbeteiligung, betreut mittlerweile die Website des Potsdamer Bürgerhaushalts 2015.

Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten

»Die wandlungsfähige Verwaltung« in der Kommune von Übermorgen (13) würde möglicherweise nicht mehr fragen, wie schaffen wir es, bildungsferne Schichten, ältere Einwohner/innen, Jugendliche und Migrant/innen zur Beteiligung an der kommunalen Haushaltsplanung zu motivieren. Sie möchte vielmehr wissen, was die Menschen in der Stadtgesellschaft gegenwärtig und künftig bewegt und wie sich das, was sie bewegt, in partizipativen, deliberativen Verfahren erfahren, bündeln, gegenüber anderen Vorhaben abwägen, in Projekte übersetzen, in Finanzmitteln ausdrücken und in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung realisieren lässt.

Folgende Schritte können den Umbau von Bürgerhaushalten ermöglichen:

- Die Bürgerhaushalte werden aus ihrer derzeitigen singulären Stellung gelöst und in umfassende Beteiligungskonzepte integriert, wie sie zum Beispiel die Stadt Bonn mit den »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« verabschiedet hat.
- Es werden förderliche Rahmenbedingungen geschaffen: ausreichende Ressourcen, Qualifizierungsangebote für Bürger/innen, Verwaltungsmitarbeiter/innen und Kommunalpolitiker/innen und ein koordinierendes Büro für Bürgerbeteiligung als Stabsstelle beim (Ober-)Bürgermeister.



- Repräsentativ ausgewählte Einwohner/innen werden qualifiziert; wirken an der (Re-)Formulierung der Ziele des Bürgerhaushalts, der Auswahl geeigneter Verfahren und der Evaluation mit und begleiten in einem Bewohnerrat den Umsetzungsprozess.
- Zur Vorbereitung, Diskussion von Vorschlägen, Abwägung und zur Abstimmung über die Prioritätenliste finden moderierte Veranstaltungen auf Stadtviertelebene statt. Gesamtstädtische Vorhaben und die Prioritätenlisten aus allen Stadtvierteln sind Gegenstand moderierter gesamtstädtischer Veranstaltungen. Auf Stadtviertelebene werden Delegierte gewählt, die die priorisierten Vorhaben der Stadtviertel in den gesamtstädtischen Veranstaltungen einbringen und diskutieren.
- In kostenlosen Fortbildungen werden Einwohner/innen qualifiziert, um als Multiplikator/innen für den partizipativen Bürgerhaushalt in den Stadtvierteln zu wirken. Die Multiplikator/innen sollen vorrangig Einwohner/innen unterstützen, ihre Interessen zu formulieren und wirksam in Beteiligungsprozesse wie den Bürgerhaushalt einbringen zu können.
- Die Praxis des Bürger-Budgets in der Stadt Eberswalde (100.000 Euro im Jahr 2014) könnte Schule machen. In Einwohnerversammlungen entscheiden hier die Einwohner/innen direkt, welche der eingereichten und vorgestellten Projekte mit zu 15.000 Euro gefördert werden sollen. (14) In Bremen-Tenever, einem »sozialen Brennpunkt« mit Menschen aus 80 Ländern, entscheiden seit vielen Jahren junge und ältere Einwohner/innen in der »Stadtteilgruppe Tenever«, einem öffentlichen Forum, im Konsens über die Verwendung des Quartiersbudgets von ca. 350.000 Euro (2007) für Projekte von 500 bis 150.000 Euro. Das Quartiersbudget setzt sich aus unterschiedlichen Fördertöpfen zusammen (WiN, Soziale Stadt und LOS).
- Bürger- und Quartiersbudgets, Budgets für Kinder- und Jugendliche sowie Schülerhaushalte können Fundamente schaffen, auf denen sich eine von Vielen begriffene und gewünschte Beteiligung am Haushaltplan der Gemeinde oder Stadt in einem kollektiven Lernprozess entwickeln kann.

Anmerkungen

(1) 7. Statusbericht, 2014, 4 ff.

(2) Herzberg et al. 2014, 12 f.

(3) Geißel 2013, 2.

(4) Partizipation im Wandel, 2014.

(5) Herzberg et al. 2014, 20.

(6) Geißel/Kolleck/Neundecker 2013, 21.



(7) Die Ideenplattform der Stadt Frankfurt steht unter: <http://www.ffm.de/ecm-politik/frankfurt/de/home/beteiligen>.

(8) Siehe:

http://www.hronline.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36082&key=standard_documento_52935239.

(9) Klages 2014.

(10) Masser/Pistaoia/Nitzsche 2013, 182.

(11) Roth 2014, 9.

(12) Taubert/Krohn/Knobloch 2011, 102.

(13) Vgl. Költzow/Kwaschik/Palm (2013): DIE WANDLUNGSFÄHIGE VERWALTUNG: Wandelgestalter; Potenzialentdecker und Beziehungsmanager für die Städte und Gemeinden von Übermorgen, Gütersloh.

(14) Siehe: <http://www.eberswalde.de/Buergerbudget.2159.o.html>.

Literatur

Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh.

Geißel, Brigitte (2013): Beitrag zur Enquete-Kommission »Bürgerbeteiligung« des Landes Rheinland-Pfalz; Download unter: <http://enquete-rlp.de/wp-content/uploads/2013/02/Vorlage-183-Geißel.pdf> (Zugriff: 28.10.2014).

Geißel, Brigitte/Kolleck, Alma/Neunecker, Martina (2013): Projektbericht »Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Frankfurter Bürgerhaushalts 2013, Frankfurt; Download unter: http://www.fbo3.uni-frankfurt.de/46461594/Buergerhaushalt-Frankfurt---Evaluationsbericht_Final.pdf (Zugriff: 20.10.2014).

Herzberg, Carsten/Sintomer, Yves/Allegretti, Giovanni in Zusammenarbeit mit Anja Roecke und Mariana Alves (2014): Bürgerhaushalte weltweit. Aktualisierte Studie, Dialog Global Nr. 25, Engagement Global/Service für Entwicklungsinitiativen (Hrsg.), Bonn.

Jakobs, Jann/Kleger, Heinz (Hrsg.) (2014): Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn. Der Start des Potsdamer Modellprojekts Büro für Bürgerbeteiligung, Potsdam.



Klages, Helmut: Qualitätskriterien für die Gestaltung von Bürgerhaushalten; Download unter: <http://www.buergerhaushalt.org> (Zugriff: 28.10.2014).

Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn (2014), vorgelegt an der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung Bonn; Download unter: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Leitlinien_neu/bonn_leitlinien_buergerbeteiligung_final_140220.pdf (Zugriff: 28.10.2014).

Masser, Kai/Pistoia, Adriano/Nitzsche, Philipp (2013): Bürgerbeteiligung und Web 2.0. Potentiale und Risiken webgestützter Bürgerhaushalte, Wiesbaden.

Roth, Roland (2014): Mehr Demokratie in der Kommune. Beitrag zur Veranstaltung »Wissen Sie, was München mit Ihrem Geld macht? Bürgerhaushalt – mehr Demokratie wagen«, unveröffentlichtes Manuskript.

Taubert, Niels/Krohn, Wolfgang/Knobloch, Tobias (2011): Evaluierung des Kölner Bürgerhaushalts, Endbericht, Kassel; Download unter: <http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-074-4.volltext.frei.pdf> (Zugriff: 28.10.2014).

7. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org, Juni 2014, Bundeszentrale für politische Bildung/Engagement Global/Servicestelle in der einen Welt (Hrsg.); Download unter: http://www.buergerhaushalt.org/sites/default/files/7_Statusbericht_2014_Buergerhaushalte_in_Deutschland_13062014.pdf (Zugriff: 10.10.2014).

Autor

Thomas Ködelpeter ist Betriebswirt und Dipl. Hdl. Er hat sechs Jahre Erfahrung als e.a. Stadtrat in München, ist seit 1989 Pädagogischer Leiter der Ökologischen Akademie e. V., Linden – eine Umweltstation mit den Schwerpunkten: Bildung für nachhaltige Entwicklung, partizipative Teilnahmeverfahren (Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen und Open Space) und Projektmanagement.

Kontakt

Thomas Ködelpeter
Pädagogischer Leiter
Ökologische Akademie e. V.
Baiernrainer Weg 17
83623 Dietramszell/Linden
E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de
Website: <http://www.oeko-akademie.de>



Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de